

# „Singuläre Wirtschaftskrise“: Thorsten Frei zeichnet düsteres Bild von Deutschland

Von Luca Mader

**Thorsten Frei war in der Berg-Brauerei zu Gast. Dabei sprach er vor allem über Migration und Wirtschaft. So versuchte er die Menschen zu überzeugen.**

EHINGEN – Dass es für Thorsten Frei ein Heimspiel werden würde, muss dem CDU-Politiker schnell klar geworden sein. Denn schon, als er angekündigt wurde, bejubelten ihn die knapp 100 Gäste in der Berg-Brauerei lautstark.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag kam auf Einladung der hiesigen Bundestagsabgeordneten Ronja Kemmer nach Berg und stellte dort das Wahlprogramm der CDU vor. „Ich glaube, dass hier heute so viele Menschen hergekommen sind, weil sie nicht nur einen Regierungswechsel, sondern einen grundsätzlichen Politikwechsel wollen“, sagte Kemmer, bevor Frei mit seinem Vortrag anfieng.

Dieser stellte nach dem jüngsten Vorfall in Aschaf-

finden kann, kam nicht zur Sprache. Frei verwies hingegen darauf, dass die Polizei mehr Kompetenzen brauche, um das Land sicherer zu machen.

Beim Thema Wirtschaft ging Frei mit der ehemaligen Ampel-Regierung hart ins Gericht und sprach von einer „singulären Wirtschaftskrise“ in der bundesdeutschen Geschichte. Insbesondere die Bürokratie lähme die Wirtschaft und schade der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Deutschen würden laut Frei auch zu wenig arbeiten, im Schnitt 200 Stunden weniger als die Schweizer im Jahr. Das liege daran, dass es zu wenig Anreize für Mehrarbeit gebe. Mit der CDU würden in Zukunft die Zuschläge für Überstunden steuerfrei werden. Insgesamt wolle die Union die „Leistungsträger“ der Gesellschaft steuerlich entlasten.

Der Spitzensteuersatz setze aktuell zu früh an. „Wir können diese Menschen nicht so schröpfen, während andere, die gar nicht arbeiten, bestens versorgt werden“, sagte Frei. Wie diese

Dieser stellte nach dem jüngsten Vorfall in Aschaffenburg die Migrationspolitik ins Zentrum. Auch als Oppositionspartei dürfe man nicht den Eindruck erwecken, solche Dinge vollständig vermeiden zu können. „Trotzdem: Wir brauchen in Deutschland ein neues Grundmaß an Sicherheit“, so Frei.

Mit der CDU in der Regierung werde es Kontrollen an allen Grenzen geben. Flüchtlinge würden dann ebenfalls an den Grenzen zurückgewiesen. EU-rechtlich sei das machbar, sagte Frei. Um so etwas durchzusetzen, gebe es den Artikel 72 des Vertrags über die Verfahrensweise der Europäischen Union. Dieser sei dazu da, um nationales Recht über europäisches Recht zu stellen, wenn dieses „dysfunktional“ sei, argumentierte Frei.

Tatsächlich besagt der Artikel, dass eine Abweichung vom europäischen Recht nur dann erlaubt ist, wenn das zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und dem Schutz der inneren Sicherheit“ erforderlich ist. Dass unter EU-Rechtlern stark umstritten ist, ob dieser Artikel für die aktuelle deutsche Situation Anwendung

finden kann, kam nicht zur Sprache. Frei verwies hingegen darauf, dass die Polizei mehr Kompetenzen brauche, um das Land sicherer zu machen.

Beim Thema Wirtschaft ging Frei mit der ehemaligen Ampel-Regierung hart ins Gericht und sprach von einer „singulären Wirtschaftskrise“ in der bundesdeutschen Geschichte. Insbesondere die Bürokratie lähme die Wirtschaft und schade der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Deutschen würden laut Frei auch zu wenig arbeiten, im Schnitt 200 Stunden weniger als die Schweizer im Jahr. Das liege daran, dass es zu wenig Anreize für Mehrarbeit gebe. Mit der CDU würden in Zukunft die Zuschläge für Überstunden steuerfrei werden. Insgesamt wolle die Union die „Leistungsträger“ der Gesellschaft steuerlich entlasten.

Der Spitzensteuersatz setze aktuell zu früh an. „Wir können diese Menschen nicht so schröpfen, während andere, die gar nicht arbeiten, bestens versorgt werden“, sagte Frei. Wie diese

